

Gesellschaftliche Misere und extreme Rechte – und jetzt auch noch die Krise

Jörg Flecker

Verfolgt man die Tagespolitik und die Kommentare über Wahlergebnisse, so ist man versucht, den Erfolg rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in erster Linie bei der jeweiligen Regierung, die ein schlechtes Bild abgibt, und bei den extrem Rechten selbst zu suchen, die mit charismatischen, jugendlichen Politikern gut bei den Leuten ankommen. Das lenkt aber von den gesellschaftlichen Bedingungen ab, die erst die Voraussetzung für die Attraktivität des Rechtspopulismus schaffen, indem sie massenweise die »politische Subjektivität« (Dubiel 1994) hervorbringen, die von politischen Abenteurern angesprochen werden kann. »Die Ursache für eine Politik des Rassismus und der Xenophobie ist nicht in den Parteien zu suchen, sondern in einem gesellschaftlichen Bedürfnis« (Pelinka 2009:49). Unsere These ist, dass dieses gesellschaftliche Bedürfnis, diese politische Subjektivität, aus den materiellen und symbolischen Lebensbedingungen entsteht, also aus den Möglichkeiten und Begrenzungen der Teilhabe an der Gesellschaft. Insofern die Erwerbsarbeit und der Zugang zu ihr die Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Bevölkerung prägen, liegt es nahe, die Entstehung des gesellschaftlichen Bedürfnisses, um das es hier geht, in die Arbeitswelt und ihre Verwerfungen zurück zu verfolgen.

Unsere Untersuchungen darüber, wie die Attraktivität des Rechtspopulismus und -extremismus vor dem Hintergrund des sozio-ökonomischen Wandels zu verstehen ist (Flecker/ Kirschenhofer 2007, Flecker 2007), förderten drei wichtige Aspekte politischer Subjektivität zu Tage: Empfindungen der Ungerechtigkeit und der Unsicherheit, Abstiegsängste sowie Gefühle der Machtlosigkeit und mangelnden Vertretung. Man braucht keine besonderen prognostischen Fähigkeiten, um voraussagen zu können, dass sich in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise gerade diese Empfindungen weiter ausbreiten und verstärken.

Ursachen im Erwerbsleben

Empfindungen von Ungerechtigkeit basieren auf der Frustration legitimer Erwartungen im Hinblick auf die Arbeit, die Karriere, die Anerkennung oder den Lebensstandard. Qualifikationen, Erfahrungen und erbrachte Opfer werden durch Umstrukturierungen der Unternehmen, durch Kündigungen, durch neue Managementmethoden und durch die verstärkte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt entwertet. Wenn sich aufgrund dieser Veränderungen in der Arbeitswelt die eigene Lage verschlechtert, werden die Betroffenen sich der erlittenen Entbehrungen stärker bewusst. Oft führt dies zu tiefen Enttäuschungen darüber, dass die jahre- oder lebenslange Unterwerfung unter die Zwänge der Erwerbsarbeit und die Leistungsbedingungen der Industriearbeit

nicht honoriert, ja nicht einmal gewürdigt werden. Die daraus entstehenden Gefühle der Enttäuschung und des Zorns werden in der öffentlichen Diskussion und vom ideologischen Angebot des Rechtspopulismus auf jene gelenkt, die ohne Unterwerfung unter die Zumutungen und Risiken einer unbarmherzigen Arbeitsgesellschaft scheinbar oder tatsächlich gut leben. Dabei wird insbesondere auf PolitikerInnen mit hohem Einkommen, auf Flüchtlinge, die vom Staat versorgt werden, und auf Langzeitarbeitslose, die angeblich gar nicht arbeiten wollen, gezeigt. Es ist offensichtlich, dass der Rechtspopulismus diese Deutungsmuster liefert und zugleich von ihnen profitiert. Leitmotiv ist die Einschätzung, dass die »Anständigen und Tüchtigen« – und damit moralisch Überlegenen – betrogen worden sind und den Eindruck gewinnen müssen, dass es dumm von ihnen war, ehrlich, loyal und gehorsam gewesen zu sein. »*Aber für des, dass du ordentlich gearbeitet hast – I' fühl' mi' halt bestraft dafür*«, meinte eine erwerbslose Arbeiterin aus Österreich, und ein französischer Eisenbahnarbeiter in Pension formulierte es so: »*Wir sind zu anständig, zu verdammt dumm und anständig*«. Auf diese Empfindungen zielt der Rechtspopulismus ab, wenn er ein »Volk« konstruiert, das nach oben gegenüber den betrügerischen Eliten und nach unten gegen die Unterschicht abgegrenzt wird.

Gefühle der Unsicherheiten und Abstiegsängste sind heute im Erwerbsleben – auch ohne Krise – sehr weit verbreitet (Flecker 2009). Die Ursachen dafür sind vielfältig. Zum einen breiten sich minder geschützte und prekäre Erwerbsformen immer weiter aus, zum anderen wurden alte Sicherheiten durch Privatisierung, Auslagerung und Internationalisierung untergraben. Bei Vielen führen Beschleunigung, Flexibilisierung und Leistungsdruck zu Beeinträchtigungen der Gesundheit, welche ihre zukünftige Arbeitsfähigkeit in Frage stellen. Die gestiegene Unsicherheit und die Beschleunigung des Strukturwandels ist vor allem für jene ein gravierendes Problem, die weder das kulturelle Kapital noch die psychische Disposition dafür besitzen, die Unsicherheiten als Herausforderung wahrzunehmen. Erwerbslose und prekär Beschäftigte können oft nicht einmal für einige Monate im Voraus planen. Das bedeutet einen beängstigenden Kontrollverlust über das eigene Leben. Die Wahrnehmung, ein Spielball der ökonomischen Entwicklung und damit letztlich anonymen Kräfte zu sein, fügt sich zur Konstruktion der Bevölkerung als passives Opfer übermächtiger Gegner – eine Sichtweise, die vom Rechtspopulismus gefördert wird (Dubiel 1994; Steinert 1999).

Ein besonders wichtiger Aspekt der Unsicherheit betrifft die Frage der sozialstaatlichen Absicherung, insbesondere im Hinblick auf die Alterspension. Dieses Thema haben extrem rechte Parteien inzwischen besetzt: »Sozialstaat statt Zuwanderung«. Die Unsicherheit ist angesichts der Einschränkungen sozialstaatlicher Leistungen und der in der politischen Diskussion ständig wiederholten Behauptung der Unfinanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme nicht weiter verwunderlich. Von den Ängsten in diesem Zusammenhang ist es angesichts fehlender anderer Perspektiven nicht weit zur »nationalen Präferenz«, also der Forderung, dass sozialstaatliche Leistungen nur einem begrenzten Kreis zugute kommen sollen, der durch Staatsbürgerschaft oder nach ethnischen Kriterien bestimmt wird. Bezieht man die Wünsche nach einer Schließung des Arbeitsmarktes zur Überwindung der Arbeitslosigkeit mit ein, so wird deutlich, dass in Österreich der in der Literatur so bezeichnete Wohlfahrtschauvinismus (Kitschelt 1997; Ulram 2001) von großer Bedeutung für den Aufstieg des Rechtspopulismus war.

Die erlebte Unsicherheit aufgrund von Entwicklungen im Unternehmen, auf dem Arbeitsmarkt und in der globalen Wirtschaft wird durch die Wahrnehmung verschärft, dass die politischen VertreterInnen keinen ausreichenden Schutz mehr gewähren können. Die Arbeitnehmervertretungen scheinen den internationalen Unternehmen ausgeliefert zu sein, und der nationalstaatlichen Politik sind durch EU-Integration und Globalisierung viele Handlungsmöglichkeiten genommen. So nimmt man die eigene *Machtlosigkeit* auch bei jenen wahr, die einem Schutz und Hilfe bieten sollten. Die Wahrnehmung mangelhafter Vertretung steht in engem Zusammenhang mit der fehlenden Anerkennung der Probleme der ArbeiterInnen und Angestellten in der öffentlichen und insbesondere in der politischen Diskussion. Damit korrespondiert, dass es heute kaum legitime Ausdrucksformen für Arbeitsleid, Abstiegsängste und verletztes Gerechtigkeitsempfinden gibt. Die Empfänglichkeit für den Rechtspopulismus erklärt sich somit zum Teil schon allein daraus, dass dieser die Probleme und die mangelnde Belohnung der »Anständigen und Tüchtigen« zum öffentlichen Thema gemacht hat und vielen so jene gesellschaftliche Anerkennung zuteil werden lässt, die ihnen alle anderen versagen.

Menschen, die sich über die nahe Zukunft ängstigen, konzentrieren sich in ihren Ausführungen häufig auf die Vergangenheit. Dies beinhaltet nostalgische Rückblicke in »die guten alten Zeiten«, die der unerfreulichen Gegenwart gegenübergestellt werden. Mit den rückwärtsgewandt utopischen Botschaften des Rechtspopulismus stimmt dies insofern überein, als auch hier traditionelle Gemeinschaften glorifiziert werden. Die Ängste beziehen sich hier nicht nur auf die Erwerbsarbeit und materielle Absicherung, sondern mindestens in gleichem Maße darauf, dass soziale Beziehungen brüchig werden und gesellschaftliche Isolation droht. Neben der »Achse der Integration durch Arbeit« erweist sich also auch jene der »Integration in Beziehungsnetzwerke« (Castel 2000) als zentral für die subjektive Wahrnehmung der Betroffenheit vom sozio-ökonomischen Wandel.

... und jetzt auch noch die Krise

Es ist offensichtlich, dass die gegenwärtige Krise die Bedingungen weiter zuspitzt, welche zur Attraktivität des Rechtspopulismus und -extremismus beigetragen haben. So haben es tausende Leiharbeitskräfte zu spüren bekommen, dass sie tatsächlich Arbeitskräfte zweiter Klasse sind und als Erste gehen müssen. Auch andere minder geschützte oder prekär Beschäftigte, wie freie DienstnehmerInnen und Scheinselbstständige, dürften zur Vorhut jener gehören, die schon in die Erwerbslosigkeit geschickt wurden. Darin liegt ja der Sinn der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes für die Unternehmen, nämlich Auslastungsrückgänge nicht auf die Gewinne durchschlagen zu lassen, sondern rechtzeitig den Personalstand absenken zu können. Nun wird die schleichende Veränderung in Richtung Flexibilisierung des österreichischen Arbeitsmarktes erstmals im großen Umfang schlagend.

Deutlicher sichtbar freilich sind die Welle der Kurzarbeit und die Kündigungen in der Industrie. Die Gefahr von Unternehmenspleiten ist real. All das erhöht die Unsicherheit und verstärkt die Abstiegsängste. Damit kann das gesellschaftliche Bedürfnis nach extrem rechten Lösungsversprechen, nach Rassismus und Xenophobie erheblich anwachsen. Aber so einfach ist es für die extreme Rechte zum Glück nicht: In dieser Krisensituation bleibt den Regierungen nämlich nichts anderes übrig als

zu handeln und sich zu mehr und zu gewichtigeren Maßnahmen durchzuringen, als sonst zu erwarten wäre. Damit haben sie aber die Chance, nicht mehr das Bild der Hilflosigkeit abzugeben, das angesichts der ohnehin starken Gefühle individueller Machtlosigkeit, die Rufe nach einem »starken Mann« anschwellen lassen könnte.

Doch bei den Einsätzen der Krisenfeuerwehr ist Vorsicht geboten: Die Gefahr ist groß, dass angesichts des Einsatzes von Steuergeld im großen Maßstab für die Rettung von Banken und für die Unterstützung von Unternehmen die Wahrnehmung Nahrung bekommt, dass es sich »die da oben« wieder einmal richten, während sich »um uns« keiner kümmert: »Helfen tut Dir eh keiner«, ist eine verbreitete Stimmung unter den Benachteiligten mit Hang zum Rechtspopulismus. Und trotz des Aufhebens, das um die Rettungspakete gemacht wird, stellt sich doch die Frage, ob es wirklich von Handlungsfähigkeit und Initiative zeugt, wenn Milliarden in ein eben gescheitertes Finanzsystem gesteckt werden.

Eine Gefahr liegt darüber hinaus gerade im »sozialverträglichen« Personalabbau, mit dem das Leid der Betroffenen etwas gemildert und das kollektive Gewissen beruhigt wird. In Unternehmen, wie der Post und vielen anderen, wurde versucht, Kündigungen zu vermeiden und den Personalabbau über Pensionierungen und freiwilliges Ausscheiden zu erreichen. Hinter dieser Fassade der »Sozialverträglichkeit« können sich jedoch massive Verletzungen der Menschenwürde und tiefe Kränkungen verbergen. So wird Beschäftigten eine Abfertigung bei freiwilliger Kündigung geboten, zugleich enthält man ihnen Arbeit vor und steckt sie in Jobpools oder lässt sie am Arbeitsplatz Kreuzworträtsel lösen. Alle Beschäftigten um die 50 wissen, dass die Chancen minimal sind, draußen noch einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Damit sitzen sie in der Falle und werden als Unnütze und Überzählige stigmatisiert und zum quälenden Nichtstun verdammt. Ihre früheren Erfolge, Leistungen und Opfer zählen in einer solchen Situation ebenso wenig wie ihre aktuelle Kompetenz und Arbeitsbereitschaft. Verzweiflung und der Zorn sind die Folge. Die Akteure auf Seiten der Gewerkschaften und der staatlichen Politik, die gerade und auch zu Recht solche »sozialverträglichen« Lösungen der Misere als ihren Erfolg sehen, fallen naturgemäß als »Zornsammelstellen« (Sloterdijk 2006) für die Betroffenen aus. Aber es finden sich wohl sogleich andere ...

Die Maastricht-Kriterien der Europäischen Währungsunion wurden rasch zur Makulatur. Weil es die Banken so dringend gebraucht haben, sitzt das (Steuer)Geld jetzt etwas lockerer. Freilich: Bei den Krankenkassen ist man schon wesentlich zögerlicher mit Finanzhilfen als man es mit Garantien für Einlagen Betuchter in Privatbanken war. Ansprüche von Erwerbslosen, von Armen und von breiten Bevölkerungsschichten mit prekärem Lebensstandard sind heute dennoch weniger leicht mit dem Hinweis auf leere Kassen abzutun. Dadurch wurde z. B. die Forderung nach einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes überraschend salonfähig, während früher auf einen Konjunkturreinbruch und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit eine Sozialschmarotzerdiskussion mit individueller Schuldzuschreibung wie das Amen im Gebet folgte, damit der gesellschaftliche Skandal der Erwerbslosigkeit verschleiert blieb.

Das Scheitern des Finanzmarktkapitalismus macht es vermutlich auch leichter, die wahren Ursachen der gesellschaftlichen Misere in einer breiteren Öffentlichkeit zu benennen. Das kann Auswirkungen auf die Grundlagen für die Attraktivität des Rechtspopulismus und -extremismus haben. Eine Erklärung für dessen Erfolg ist ja, dass es zu »Problemverschiebungen« kommt, wenn für die nachteiligen Folgen des

sozio-ökonomischen Wandels keine legitimen Ausdrucksmöglichkeiten bestehen und die Emotionen sich in der Folge an objektiv nicht damit zusammenhängenden Themen entzünden (Bohle et al. 1997). So können fremdenfeindliche Impulse als ein Weg gesehen werden, Frustrationen auszudrücken, deren Ursachen möglicherweise nichts mit AusländerInnen zu tun haben (Bourdieu 1997: 796). Diese Erklärung verweist darauf, dass die tatsächlichen Ursachen des Leids, also Klassenbeziehungen, Ungleichheit, Anhäufen von Reichtum etc., gesellschaftlich offensichtlich stärker tabuisiert sind als Fremdenfeindlichkeit. Die für rechtspopulistische Angebote empfänglichen Personen richten ihre Aggression deshalb in der Folge gegen jene, die ihnen als Sündenböcke präsentiert werden: Sozialhilfeempfänger, Flüchtlinge und MigrantInnen. »Die Fremden sind greifbar, das Kapital nicht.« (Ottomeyer 2000: 29). Nun haben sich aber die Chancen verbessert, dass die mangelnde Regulierung der globalen Finanzmärkte, die Spekulationen, die immer ungleichere Verteilung des Reichtums etc. aufgezeigt und die Nutznießer beim Namen genannt werden. Damit kann der Zorn auf jene gelenkt werden, die für die Misere verantwortlich sind, wodurch der Bedarf an Problemverschiebungen zurückgehen und die Konjunktur für die extreme Rechte gedämpft werden könnte. Denn: »Die populistische Versuchung wird dann eingedämmt, wenn die Nachfrage nach Feindbildern zurückgeht« (Pelinka 2009:52).

Eine weitere Voraussetzung wäre jedoch, dass es gelingt, zugleich Perspektiven für die Zukunft zu bieten: Was kommt nach dem grandiosen Scheitern des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus? Wie sollen Wirtschaft und Gesellschaft in Zukunft gestaltet sein? Wie werden die Arbeitslosigkeit abgebaut, der Lebensstandard gesichert, die Ungleichheit reduziert, die Mieten in Grenzen gehalten, die Gesundheitsversorgung und die Alterssicherung finanziert? Es sind Visionen gefragt, die attraktiver sind als die rückwärtsgewandt utopischen Botschaften des Rechtspopulismus und -extremismus, in denen die Solidarität unter den »Dazugehörigen« unter Ausgrenzung der »Fremden« beschworen und traditionelle Gemeinschaften glorifiziert werden. Zwar besteht in der öffentlichen Diskussion über die Krise und ihre Verarbeitung noch ein eklatanter Mangel an Zukunftsperspektiven. So hört man nicht einmal angesichts der Verluste der kapitalgedeckten Altersvorsorge starke Stimmen, die für eine vollständige Rückkehr zur Umlagefinanzierung plädieren. Aber die Chance für neue Perspektiven ist da – wann, wenn nicht jetzt?

Literatur

- Bohle, H. H./ Heitmeyer, W./ Kühnel, W./ Sander, U. (1997) Anomie in der modernen Gesellschaft: Bestandsaufnahme und Kritik eines klassischen Ansatzes soziologischer Analyse. In: Heitmeyer, W. (Hg.) Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt/Main
- Bourdieu, P. (1997) Verstehen. In: Bourdieu et al., Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz
- Castel, R. (2000) Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz
- Dubiel, H. (1994) Ungewissheit und Politik, Frankfurt/Main
- Flecker, J. (2007) (ed.) Changing Working Life and the Appeal of the Extreme Right – A Variety of Approaches, Aldershot
- Flecker, J. (2009) Die Arbeit in Zeiten der Unsicherheit; in: Vranitzky, Franz (Hg.) Themen der Zeit II, Passagen Verlag, Wien

- Flecker, J./ Kirschenhofer (2007) Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs. edition sigma. Berlin
- Kitschelt, H. (1997) *The Radical Right in Western Europe: A Comparative Analysis*, Ann Arbor
- Ottomeyer, K. (2000) Fremdenfeindlichkeit als Selbstwertdroge. In: Berghold J. et al. (Hg.) *Trennlinien. Imagination des Fremden und Konstruktionen des Eigenen*, Klagenfurt/ Celovec
- Pelinka, A. (2009) Politische Kultur, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit; in: Vranitzky, Franz (Hg.) *Themen der Zeit II*, Passagen Verlag, Wien
- Sloterdijk, P. (2006) *Zorn und Zeit*. Politisch-psychologischer Versuch, Frankfurt a. M., Suhrkamp Verlag
- Steinert, H. (1999) Kulturindustrielle Politik mit dem Großen und Ganzen: Populismus, Politik-Darsteller, ihr Publikum und seine Mobilisierung. In: *Politik und Gesellschaft Online*. International Politics and Society
- Ulam, P. A. (2001) Sozialprofil und Wahlmotive der FPÖ-Wähler: Zur Modernität des Rechtspopulismus am Beispiel des Phänomens Haider. In: Loch, D./ Heitmeyer, W. (Hg.) *Schattenseiten der Globalisierung*, Suhrkamp, Frankfurt am Main